

BLITZLICHTER

Informationen aus der politischen Arbeit
in Berlin und für Bremen



Dr. Carsten Sieling

Mitglied des Deutschen Bundestages

In dieser Ausgabe:

Nr. 5 – 21. Mai 2010

Die Krise Europas - 2
Die Krise der Kanzlerin

Öffentliche Anhörung im Finanzausschuss - Finanztransaktionssteuer sinnvoll und machbar 3

Unterstützung für die Kampagne „Steuer gegen Armut“ 4

Europäische Bürgerinitiative zur Finanztransaktionssteuer 4

Go West - Als Juniorbotschafter in die USA 4

Bremen geWiNnt auch im Wahlkreis 55 5

Griff nach den Sternen - Besuch des DLR 5

Kurzmeldungen 5

Termine in Berlin und Bremen 6

Impressum

ViSdP:
Dr. Carsten Sieling, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ 030 . 227 - 71596

✉ carsten.sieling.ma01
@bundestag.de

Sehr geehrte Damen
und Herren,
liebe Freunde,
liebe Genossinnen
und Genossen,



die Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmt weiterhin die politische Agenda. Nachdem der Deutsche Bundestag bereits in der letzten Sitzungswoche am 7. Mai ein milliardenschweres Rettungspaket für Griechenland schnüren musste, hat der Bundestag heute mit Stimmen der schwarz-gelben Regierungskoalitionen den Euro-Rettungsschirm beschlossen. Der deutsche Beitrag hierfür beträgt 148 Milliarden Euro in Form von Kreditgarantien.

SPD und Grüne haben zu jeder Zeit ihre Bereitschaft erklärt - zusammen mit der Bundesregierung - Verantwortung für Europa und die Währungsunion zu übernehmen. Einer „nackten“ Kreditermächtigung konnte und wollte die SPD nicht zustimmen.

Der SPD hat es nicht gereicht das Füllhorn erneut auszuschütten und großzügig Geld und Kreditgarantien zu verteilen. Wir müssen endlich die Lehren aus Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen und das Primat der Politik wieder zurückgewinnen. Wir brauchen eine konsequente Regulierung der Finanzmärkte.

Die Bundesregierung war jedoch weder bereit verbindliche Regulierungszusagen abzugeben, noch war sie bereit sich aktiv auf europäischer und internationaler Ebene für eine Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Stattdessen gab es weiterhin nur Lippenbekenntnisse der Bundeskanzlerin und der Regulierungskoalition. Eine ernsthafte Beteiligung der Oppositionsfraktionen sieht anders aus. Deshalb hat sich die SPD bei beiden Abstimmungen konsequenterweise enthalten.

Herzliche Grüße,

Kommunen pleite - Schwarz-Gelb will die Gewerbesteuer abschaffen

Die finanzielle Lage unserer Kommunen ist katastrophal. Das ist mittlerweile überall bekannt. Jede Woche bekomme ich Briefe von Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Landräten, die mir ihre schlimme Lage schildern. Überall werden Schwimmbäder geschlossen, Theaterprojekte aufgegeben oder Gebühren erhöht. Allein in diesen Jahr werden die Kommunen ein Defizit von 15 Milliarden Euro einfahren.

Ist die Lage wirklich überall bekannt? Mitnichten. Allein das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Schwarz-Gelb kostet die Kommunen und Landkreise ungefähr neun Milliarden Euro bis 2014. Und zu allem Übel hat die Regierung auch noch eine Kommission eingesetzt, die die Abschaffung der Hauptein-

nahmequelle der Kommunen prüfen soll. Was dort an Alternativmodellen diskutiert wird, führt die Kommunen endgültig in den Ruin. Kein Modell kann nur ansatzweise die Ausfälle der Gewerbesteuer kompensieren.

Die Gewerbesteuer dagegen funktioniert und ist viel weniger krisenanfällig als andere Steuern. Deshalb müssen wir sie erhalten und weiterentwickeln. Dazu gehört zum Beispiel, auch die Freiberufler mit einzubeziehen. Dann haben die Städte, Gemeinden und Landkreise wieder Luft zum Atmen und können Aufgaben gemäß Artikel 28 Grundgesetz (Kommunale Selbstverwaltung) ausfüllen.

In meiner [Rede](#) im Deutschen Bundestag am heutigen 21. Mai lege ich meine Position ausführlich dar.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Die Krise Europas - Die Krise der Kanzlerin

Meine Aufgaben

Mitglied im

Finanzausschuss

Mitglied im **Gremium Sonderfonds Finanzstabilisierung** (SoFFin) • Stellvertretendes Mitglied im **Haushaltsausschuss** • Stellv. Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** • Stellv. Vorsitzender der **Arbeitsgruppe Kommunalpolitik** der SPD-Bundestagsfraktion • Stellv. Vorsitzender der **Landesgruppe Niedersachsen/Bremen** • Stellv. Sprecher der **Parlamentarischen Linken**

Bei Fragen oder Anliegen sprechen Sie mich gerne an!

Kontaktdaten

Mein Büro in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ 030 . 227 - 71595
☎ 030 . 227 - 76212
✉ carsten.sieling@bundestag.de

Mitarbeiter:

Florian Leuthner
Johannes Tiefensee
Katja Tempke

Mein Büro in Bremen:

Obernstr. 39-43
28195 Bremen
☎ 0421 . 35 018 25
☎ 0421 . 35 72 83
✉ carsten.sieling@wk.bundestag.de

Mitarbeiter:

Gisela Waltemathe
Nils Kuhlmann

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in den zurückliegenden Wochen und Monaten dramatisch versagt. Gemäß dem Motto „tarnen - tricksen - täuschen“ versucht die Bundesregierung Parlament und Bevölkerung für dumm zu verkaufen. Die Bundesregierung hat Entscheidungen verschleppt und verschleiert sowie auf europäischer Ebene rasche und wirksame Antikrisenmaßnahmen ausgebremst. Ihr Tricksen, Zögern und Verschleiern hat die Krise um den Euro weiter verschärft und kostet uns Milliarden. Inzwischen stehen wir vor einer schweren Belastungsprobe für die Währungsunion. Es droht ein Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union insgesamt.

Unzureichende Informationen

Seit Anfang Februar hat die SPD-Bundestagsfraktion beim Finanzminister um Aufklärung über absehbar mögliche Kriseninterventionen hinsichtlich Griechenlands gebeten. Mehrfach hat die Bundesregierung in Sitzungen des Haushaltsausschusses im Februar und März substantielle Informationen zur Situation in Griechenland verweigert.

Am 21. April befasste sich der Haushaltsausschuss in Anwesenheit des Bundesfinanzministers erneut mit möglichen Hilfen für Griechenland. Auch hier wurde der Ausschuss nur ungenau und lückenhaft unterrichtet. Gleichwohl forderte der Minister bereits zu diesem Zeitpunkt die Zustimmung der Opposition zu einem beschleunigten parlamentarischen Verfahren.

Die weiteren Geschehnisse sind bekannt: Bereits zwei Tage später erbat Griechenland offiziell die Unterstützung des Internationalen Währungsfonds und der Euro-Länder, um eine drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden.

Zwei Wochen später hat der Deutsche Bundestag am 7. Mai 22,4 Milliarden Euro in Form von Garantien für weitere Kredite für die Hellenische Republik beschlossen. Doch bei diesen Zahlen sollte es nicht bleiben. Vom 7. bis 9. Mai trafen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs zu einem erneuten Krisentreffen, um dort dann nach einem dramatischen Verhandlungsmarathon den Euro-Rettungsschirm mit einem Volumen von 750 Milliarden Euro auf den Weg zu bringen. Der deutsche Anteil daran beträgt 147 Milliarden Euro an Kreditgarantien.

Keine „nackte“ Kreditermächtigung

Um eines klar zu stellen: Die Sozialdemokratie steht geschlossen hinter den Hilfen für Griechenland und den Euro. Wir haben jedoch frühzeitig klargestellt, dass wir eine „nackte“ Kreditermächtigung für die Bundesregierung nicht mittragen werden. Es reicht nicht aus nur Geld und Kreditgarantien aufzubringen. Wir müssen die Krise an der Wurzel packen.

Verbindliche Zusagen der Bundesregierung

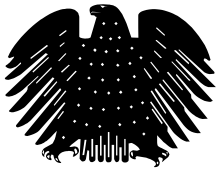
Bereits frühzeitig hat die SPD-Bundestagsfraktion den Koalitionsfraktionen Zustimmung signalisiert, wenn dort verbindlichen Zusagen für die Regulierung der Finanzmärkte und die Bereitschaft sich aktiv auf europäischer und internationaler Ebene für eine Finanztransaktionssteuer einzusetzen aufgeschrieben werden. „Der Grund für die Verbindung beider Themen besteht darin, dass die Stabilisierung des Euro nur gelingen wird, wenn die Hilfen mit Regulierung der Finanzmärkte und einer Koordination der Wirtschaftspolitik verbunden werden. Nur das ist verantwortliche Europapolitik.“

Sowohl für die Abstimmung am 7. Mai zu Griechenland und die heutige Abstimmung zum Euro-Rettungsschirm war Schwarz-Gelb nicht bereit, auf die Forderung der SPD einzugehen. Deshalb haben wir uns konsequenterweise jeweils enthalten.

Unsere Forderung nach der Finanztransaktionssteuer ist Teil einer umfassenden und wachstumsorientierten Konsolidierungsstrategie. Appelle zur Sparsamkeit reichen nicht mehr aus. Die Staaten müssen ihre Einnahmen sichern und eine wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa aufbauen.

Schutzschirm für Europa:

[Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion vom 11. Mai](#)
[Entschließungsantrag der SPD für den Euro-Rettungsschirm \(Drs. 17/1809\)](#)
[Entschließungsantrag der SPD für den Euro-Rettungsschirm \(Drs. 17/1810\)](#)



Dr. Carsten Sieling, MdB

Öffentliche Anhörung im Finanzausschuss - Finanztransaktionssteuer sinnvoll und machbar Regierungskoalitionen abgewatscht

Zahl des Monats

39.000.000.000 Euro

Steuermindereinnahmen von Bund, Länder und Gemeinden für die Jahre 2010-2013 (Ergebnis der Steuer-schätzung vom 6. Mai 2010)

Diese Mindereinnahmen verschärfen die ohnehin katastrophale Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Insbesondere die Kommunen sind überproportional von den Mindereinnahmen betroffen. Der Deutsche Städtetag erwartet allein für 2010 ein Defizit von 15 Milliarden Euro.

Zitat des Monats

„Es bleibt bei den 22,4 Milliarden Euro, die der Bundestag heute mit dem Gesetzentwurf beschließen wird. Es wird kein einziger Cent mehr.“

Otto Fricke am 7. Mai im Deutschen Bundestag
[Parlamentarischer Geschäftsführer und haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion]

Nachdem die schwarz-gelbe Koalition mit einem Eklat im Finanzausschuss Ende März die öffentliche Anhörung zur Finanztransaktionssteuer vom 19. April auf einen Termin nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verschleppt hat, war es diesen Montag soweit. Mehr als 30 Sachverständige wurden von den Fraktionen geladen, um Pro und Contra von Finanztransaktionssteuer und Bankenabgabe zu erläutern.

Dabei haben CDU, CSU und FDP nur die üblichen Sachverständigen von Banken und Finanzlobby aufgebieten, während mein Büro viel Zeit und Energie in die Auswahl der Sachverständigen für die SPD-Bundestagsfraktion investiert hat. Eine Arbeit die sich nun in Anhörung ausgezahlt hat. Denn manch ein Sachverständiger der schwarz-gelben Regierungskoalition kam sprichwörtlich unter die Räder und würde eindrucksvoll widerlegt. Insgesamt wurden die Regierungskoalitionen für ihre teilweise ideologischen Positionen in der Anhörung regelrecht abgewatscht.

SPD auf dem richtigen Weg

Die Anhörung hat gezeigt, dass die SPD mit ihrer Forderung nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise genau den richtigen Weg beschritten hat.

Unsere Sachverständigen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften, ja selbst aus der Finanzbranche selbst, haben bestätigt, dass eine Steuer auf Finanztransaktionen zur Bekämpfung volkswirtschaftlich unsinniger Spekulationen nicht nur zielgerichtet, sondern vor allem auch technisch problemlos umsetzbar ist.

Einnahmen in Milliardenhöhe

Nach Berechnung des renommierten Wiener Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) würde die Steuer allein in Deutschland bei einem sehr niedrigen Satz von lediglich 0,01 Prozent des Transaktionsvolumens auf alle börslich und außerbörslich gehandelten Wertpapiere, Anleihen, Derivate sowie alle Devisentransaktionen ungefähr 12 Milliarden Euro jährlich erbringen. Und bei dieser Summe ist der erwartete Rückgang des Spekulationsvolumen bereits einberechnet.

Das Märchen vom geschrapften Riester-Sparer

Im Rahmen der Anhörung wurden die von der FDP gebetsmühlenartig verbreiteten Horrorzahlen zur Belastung von Klein- und Riester-Sparern widerlegt. Die Belastung durch eine Finanztransaktionssteuer sind minimal und fällt im Vergleich zu Konto- und Depotgebühren nicht ins Gewicht.

So wird ein durchschnittlicher Riester-Sparer, der 20 Jahre lang 100€ monatlich bei einer Rendite von 5% und einem Steuersatz von 0,05% anspart, nicht wie von der FDP behauptet mit 4700€ sondern inklusiv Zins und Zinsezins mit 74,22€ belastet. Dagegen fallen Kosten von Vertrieb, Verwaltung und Depotgebühren von mehr als 4500€ für den Riester-Sparer an.

Nur ein Baustein

Eines ist aber ganz klar: Die Finanztransaktionssteuer kann natürlich nur ein Element sein, um dem entfesselten Finanzmarktkapitalismus die Stirn zu bieten. Sie muss ergänzt werden um eine effektive Regulierung und Beaufsichtigung des Finanzmarktes. Dazu zählen meines Erachtens zum Beispiel eine unabhängige europäische Ratingagentur sowie das Verbot von Leerverkäufen und spekulativer Kreditausfallversicherungen, den sogenannten „Credit Default Swaps“ (CDS).

Alle Stellungnahmen zum Nachlesen finden Sie auf den [Seiten](#) des Finanzausschuss des Deutschen Bundestages.

Online-Konferenz „Gut und sicher leben“

Wie könnte eine neue Kultur der Arbeit aussehen? Welche Regeln brauchen wir, um gute und sichere Arbeit für alle zu garantieren? Wie schaffen wir wieder Fairness auf dem Arbeitsmarkt? Am **2. Juni 2010** veranstaltet die SPD zum ersten Mal eine Onlinekonferenz. Der stellvertretende Parteivorsitzende **Olaf Scholz** wird gemeinsam mit den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **Elke Ferner** und **Hubertus Heil** mit Bürgerinnen und Bürgern in den Onlinedialog treten. Dafür können ab **Donnerstag, dem 20. Mai 2010**, Fragen zur Konferenz vorab unter www.onlinekonferenz.spd.de eingereicht werden.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Europäische Bürgerinitiative zur Finanztransaktions- steuer

Für den Fall, dass die mehrheitlich konservativ-liberalen Regierungen in Europa weiterhin umfassende Finanzmarktregulierungen verweigern, wollen die Sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Österreichs im Herbst die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer mit dem Instrument einer Europäischen Bürgerinitiative vorantreiben.

Das neu geschaffene Instrument der Europäischen Bürgerinitiative (Europäisches Volksbegehren nach Art. 11 Abs. 4 des EU-Vertrages und Art. 24 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU) wollen SPD und SPÖ nutzen, um Druck zu machen, wenn die Regierungen der Mitgliedstaaten nicht zeitnah eine europäische Finanztransaktionssteuer auf den Weg bringt. Nach dem Vertrag von Lissabon können die Bürger Europas mit einer Million Unterschriften erzwingen, dass sich EU-Kommission und Parlament mit einem bestimmten Thema befassen müssen.

Alle Informationen gibt es [hier](#) zum Nachlesen.

Unterstützung für die Kampagne „Steuer gegen Armut“

Zurzeit ist die Finanztransaktionssteuer in aller Munde. Passend hierzu liegen bei verschiedenen Veranstaltungen der SPD Bremen Postkarten mit dem Gesicht der Schauspielerin Heike Makatsch aus. Die Postkarten sind Teil der Kampagne „Steuer gegen Armut“. Mehr als 50 NGOs, Kirchen, Gewerkschaften unterstützen die Kampagne. SPD und Jusos sind ebenfalls offizieller Teil der Kampagne.

Die Kampagne „Steuer gegen Armut“ wurde im Oktober 2009 mit einem offenen Brief an die Vorsitzenden der Regierungsparteien ins Leben gerufen. Der Brief forderte die Bundesregierung zur Einführung einer „Finanztransaktionssteuer“ zur Förderung von Entwicklung und Bekämpfung von Armut auf. Die Kampagne hat die seitdem geführte und in den letzten Wochen besonders intensiviertere Debatte stetig begleitet und informiert unter anderem über ihre Internetseite www.steuer-gegen-armut.org alle Interessierten. Die Kampagne ruft zur Unterstützung zweier Petitionen auf. Die eine richtet sich an die internationale

Ebene, den G20 Gipfel in Toronto („[Make Finance Work for People and the Planet](#)“). Mit der anderen Petition kann sich jeder an der Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer beteiligen.

Auch wenn uns die Bundesregierung mittlerweile in der Frage der Regulierung der Finanzmärkte und der Finanztransaktionssteuer ein wenig entgegengekommen ist, halte ich es für unbedingt notwendig, dass auch außerparlamentarisch weiter Druck auf die Regierungsparteien gemacht. Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion zur Finanztransaktionssteuer unterstütze ich mit der Verteilung der Postkarten die Kampagne.

Ich bitte Sie/ Euch die Kampagne mit Eurer Unterschrift oder online zu unterstützen. Wer noch weitere Postkarten verteilen möchte, kann sich gerne an mein Wahlkreisbüro wenden.

Weitere Unterstützungsmöglichkeiten gibt es auch unter: www.robinhoodsteuer.de

Go West - Als Juniorbotschafter für ein Jahr in die USA

Seit 1983 bietet der Deutsche Bundestag deutschen Jugendlichen im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) die Möglichkeit mit einem Stipendium für ein Jahr in den USA zu leben und zu lernen. Die Jugendlichen leben in den USA in Gastfamilien. Schülerinnen und Schüler besuchen für die Dauer eines Schuljahres eine amerikanische Highschool. Für junge Berufstätige sieht das Programm den Unterricht an einem Community College oder einer vergleichbaren Bildungsstätte und ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb vor. Mehr als 17.000 Jugendliche und junge Berufstätige aus Deutschland und den USA waren bisher als Juniorbotschafter unterwegs.

Schüler müssen zum Zeitpunkt der Ausreise mindestens 15 und dürfen höchstens 17 Jahre, junge Berufstätige mindestens 16 und höchstens 24 Jahre alt sein. Teilnahmeberechtigt sind auch arbeitslose Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung.

Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm bietet gerade engagierten Jugendlichen aus Familien, die finanziell nicht so gut ausgestat-

tet sind, eine Möglichkeit für einen Auslandsaufenthalt in den USA. Bundestagsabgeordnete übernehmen für das Austauschjahr die Patenschaft sowohl für die deutschen Jugendlichen als auch für die amerikanischen Austauschpartner, die ein Jahr im Wahlkreis des Abgeordneten verbringen.

Leider kann nicht aus jedem Wahlkreis ein Jugendlicher in die USA reisen. Ich habe mich darum beworben eine Jugendliche oder einen Jugendlichen aus meinem Wahlkreis in die USA entsenden zu dürfen. Umgekehrt freue ich mich natürlich auch auf die Möglichkeit junge Amerikanerinnen und Amerikaner in Bremen begrüßen zu können.

Die Bewerbungsfrist für das Austauschjahr 2011/2012 läuft noch bis zum 3. September 2010. Flyer mit Bewerbungskarten gibt es in meinem Wahlkreisbüro, Obernstraße 39-43, 28195 Bremen, Tel.: 3 50 18 25. Die Bewerbung muss direkt an die zuständige Austauschorganisation gesandt werden.

Weitere Infos gibt es in meinem Wahlkreisbüro oder auf den [Seiten](#) des Deutschen Bundestages.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Bremen geWiNnt auch im Wahlkreis 55 **Treffen mit Initiativen in Blockdiek und Huchting**

Das Thema WiN (**W**ohnen in **N**achbarschaft) spielt auch hier im Wahlkreis eine wichtige Rolle. Anfang April habe ich mich deshalb mit Vertretern des TuS Huchting, der Jugendhilfeeinrichtung Alteneichen, des Jugendfreizeitheims Huchting sowie die Huchtinger-WiN-Koordinatorin Inga Neumann getroffen. Mit diesem Gespräch habe ich mir einen aktuellen Stand über die bereits umgesetzten bzw. geplanten Projekte geschaffen, die ohne entsprechende WiN-Fördermittel nicht möglich gewesen wären. Mit von der Partie waren natürlich auch die beiden Bürgerschaftsabgeordneten Sükrü Senkal und Manfred Oppermann.

Auch im Stadtteil Blockdiek gibt es WiN-geförderte Einrichtungen. Dazu zählt auch das Café Blocksberg, ein Projekt der Frauenbetriebe Quirl e.V. Ende April habe ich das Café Blocksberg besucht und an einem Frühstück für Erwerbslose teilgenommen. Ich habe die Gelegenheit genutzt, um sowohl mit den Menschen, die das Angebot nutzten, als auch den Mitarbeiterinnen des Cafés ins Gespräch zu kommen.

Gerade auch für den Stadtteil Blockdiek und die Menschen dort ist das Café inzwischen kaum noch wegzudenken. Es bietet den Menschen vor Ort einen sozialen Anknüpfungspunkt und bietet zudem niedrigschwellige Angebote für Arbeitssuchende und andere, die

Ermutigungen brauchen, um ihre Lebenssituation zu ordnen oder einen Neustart ins Berufsleben wagen wollen.

Das Auslaufen des WiN-Programms würde den Fortbestand des Erwerbslosenfrühstücks und des Café Blocksberg insgesamt gefährden. Weitere Projekte wie das Blockdieker Mütterzentrum oder das Huchtinger Boxingprojekt wären ebenfalls von einem Ende des WiN-Projektes betroffen. Leider sind es stets solch erfolgreiche Einrichtungen, die sozial und gesellschaftlich wertvolle Arbeit leisten, bei denen der Betrieb maßgeblich von verfügbaren Fördermitteln abhängt.

Die Maßnahmen der schwarz-gelben Bundesregierung haben zu erheblichen Einschnitten bei den Kommunal финанzen geführt und den finanziellen Spielraum in Bremen weiter eingeschränkt. Trotzdem setzt der Senat alle Hebel in Bewegung, um den Fortbestand des bundesweit einzigartigen WiN-Projektes zu gewährleisten.

Daneben ist das Erwerbslosenfrühstück bereits jetzt auf Spenden angewiesen. Wer ebenfalls spenden möchte, kann sich entweder direkt an Frau Käbel vom Café Blocksberg wenden oder Näheres in meinem Büro erfragen.

Kurzmeldungen

+++ Die SPD wird den von Union und FDP angestrebten Ausstieg aus dem Atomausstieg politisch bekämpfen. Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat geben hierfür die Möglichkeit. Für den Fall, dass die Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke am Bundesrat vorbei verlängern will, wird die SPD den Gang vor das Bundesverfassungsgericht antreten.+++

+++ Nach handfesten Streit zwischen Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) und Wirtschaftsminister Brüderle (FDP) soll zum 1. August endlich ein Mindestlohn in der Pflege rechtsverbindlich werden. Dieser liegt im Osten bei 7,50 Euro und im Westen bei 8,50 Euro je Stunde und gilt für 600.000 Pflegekräfte. Die FDP hat durchgesetzt, dass dieser nur befristet bis Ende 2014 gelten soll.+++

+++ Der Ministerpräsident Mappus aus Baden-Württemberg hat die Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen im Rahmen des sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz durch die schwarz-gelbe Koalition im Nachhinein für falsch erklärt. „Es war ein Fehler, die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen zu ermäßigen.“+++

Griff nach den Sternen - Besuch des DLR

Die Luft- und Raumfahrt ist gerade für Bremen ein wichtiges Zukunftsfeld und eine Branche mit Wachstumspotential. Zahlreiche Arbeitsplätze sind in unserer Stadt bereits geschaffen worden. Die Ansiedlung des Instituts für Raumfahrtssysteme des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt im Jahr 2007 war ein toller Erfolg für die Hansestadt.

Am 30. April habe ich das Institut besucht und mich von Institutsdirektor Prof. Dittus über die wichtigsten aktuellen und zukünftigen Projekte informieren lassen. Bei einem Rundgang durch das Haus hatte ich die Gelegenheit einige Labore zu besichtigen, in denen vor allem Komponenten von Satelliten getestet und weiterentwickelt wurden.

Das [Institut für Raumfahrtssysteme](#) befasst sich nicht nur mit der Forschung und Technologieentwicklung, sondern bewertet Raumfahrtssysteme auch in technischer, wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Hinsicht. Demnächst wird das Institut weiter wachsen, ein Neubau

wird gerade errichtet. Nach Vollendung des Neubaus soll auch ein ganzer Forschungsbereich aus Berlin nach Bremen verlagert werden.

Diese Verlagerung ist ein weiterer Beweis für die Attraktivität des Standortes Bremen für die Luft- und Raumfahrt. Dazu trägt natürlich die sehr enge Anbindung an die Universität Bremen bei. Durch die Zusammenarbeit profitieren DLR und Universität, indem das Institut gut ausgebildete Fachkräfte der Universität an sich binden kann und die Ausbildung der Studenten durch die Möglichkeit, praktische Erfahrungen im Raumfahrtinstitut zu sammeln, aufgewertet wird.

Das Institut für Raumfahrtssysteme ist ein wichtiger Bestandteil des [Technologieparks an der Universität Bremen](#) und auch ein wichtiges Signal über die Grenzen von Bremen hinaus. Im Bundestag werde ich diese Entwicklung weiter begleiten und im Rahmen meiner Möglichkeiten unterstützen.



Dr. Carsten Sieling, MdB

Termine in Berlin und Bremen

Mittwoch,	26. Mai,	11.00 Uhr:	Besuch der Freiwilligen-Agentur Bremen, Dammweg 18-20,	Bremen
		13.00 Uhr:	Mittagsmahl beim CVJM (Christlicher Verein Junger Menschen),	Bremen
Donnerstag,	27. Mai,	19.30 Uhr:	Infoveranstaltung der SPD Axstedt/Lübberstedt, Gasthaus Brünjes,	Axstedt
Samstag,	29. Mai,	10.30 Uhr:	4. Regionalkonferenz der SPD Bremen zur Mitgliederbefragung über die Besetzung des Landesvorsitzes, World Trade Center, Birkenstr. 15,	Bremen
Montag,	31. Mai,	17.00 Uhr:	Gespräch mit Bürgerinitiativen zur A 281	Bremen
Dienstag,	01. Juni,	12.00 Uhr:	Gespräch mit Besuchergruppe der Stadtteilschule Leibnitzplatz,	Berlin
Donnerstag,	03. Juni,	10.00 Uhr:	Besuch des Technologie-Zentrums Informatik und Informationstechnik, Universität Bremen,	Bremen
Freitag,	04. Juni,	10.00 Uhr:	AbsolventInnen-Feier der Jacobs-University Bremen,	Bremen
		13.30 Uhr:	Gespräch mit dem Rektor der Universität Bremen Prof. Wilfried Müller,	Bremen
		19.00 Uhr:	Festabend 775 Jahre Borgfeld, Hamfhofsweg 4,	Bremen
Samstag,	05. Juni,	10.00 Uhr:	Landesparteitag der SPD Bremen, mit Organisationswahlen, Stadthalle Bremerhaven,	Bremerhaven
Sonntag,	06. Juni,	11.30 Uhr:	Ver.di-Sommerfest, DGB-Haus,	Bremen
Montag,	07. Juni,	16.00 Uhr:	Podiumsdiskussion „Steuergerechtigkeit global“, Ver.di-Bundesverwaltung,	Berlin
		19.00 Uhr:	SPD-„Küstengang“,	Berlin
		20.30 Uhr:	SprecherInnen-Kreis der Parlamentarischen Linken,	Berlin
Dienstag,	08. Juni,	10.00 Uhr:	Arbeitsgruppe Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion,	Berlin
		13.30 Uhr:	Mittagstisch der Parlamentarischen Linken,	Berlin
		14.00 Uhr:	Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion,	Berlin
Mittwoch,	09. Juni,	08.30 Uhr:	Finanzausschuss des Deutschen Bundestages,	Berlin
		12.00 Uhr:	Öffentliche Anhörung des Finanzausschusses zum Thema „Banker-Boni“,	Berlin
Donnerstag,	10. Juni,	09.00 Uhr:	Plenum Deutscher Bundestag,	Berlin
		13.00 Uhr:	Gespräch mit dem Forum „Nachhaltige Geldanlagen“,	Berlin
		16.00 Uhr:	Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion,	Berlin
Freitag,	11. Juni,	08.00 Uhr:	Gremium Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin),	Berlin
		09.00 Uhr:	Plenum Deutscher Bundestag,	Berlin
		11.30 Uhr:	Gespräch mit dem „Verband der Auslandsbanken“,	Berlin
Samstag,	12. Juni,	11.00 Uhr:	Festakt „100 Jahre Gartenfreunde“, Obere Rathaushalle,	Bremen
Sonntag,	13. Juni,	10.15 Uhr:	Podiumsdiskussion „Kleingärten in der Stadt von morgen“, FlorAtrium,	Bremen
Montag - Freitag,	14. Juni - 18. Juni,		Sitzungswoche des Deutschen Bundestages,	Berlin
Dienstag,	15. Juni,	17.00 Uhr:	Gespräch mit Besuchergruppe des Förderzentrums Blinde und Sehbehinderte aus Bremen,	Berlin
Mittwoch,	16. Juni,	11.00 Uhr:	Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion,	Berlin
Donnerstag,	17. Juni,	18.00 Uhr:	Parlamentarischer Abend „Intelligente Meerestechnik“,	Berlin
Freitag,	18. Juni,	19.00 Uhr:	Abschlussveranstaltung Mentoring, Bürgerhaus Weserterrassen,	Bremen
Montag,	21. Juni,	16.30 Uhr:	Wirtschaftsempfang 2010 der Handelskammer Bremen,	Bremen
Montag - Freitag,	28. Juni - 02. Juli, 05. - 09. Juli		Zwei Sitzungswochen des Deutschen Bundestages,	Berlin